



**Meinungsaustausch der Bayerischen Staatsregierung mit Spitzenvertretern
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zu Finanzpolitik, PID,
Integration und Freiwilligen Dienst / Seehofer: „Enge und vertrauensvolle
Kooperation von Staat und Landeskirche ist fester Bestandteil bayerischer
Tradition und tragende Säule unserer Gesellschaft“**

Vom heutigen Treffen zwischen dem Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB), dem Präsidium der Landessynode und der Bayerischen Staatsregierung geht nach den Worten von Ministerpräsident Horst Seehofer, Wirtschaftsminister Martin Zeil und Landesbischof Johannes Friedrich das Signal aus, dass Staat und Kirche sich gemeinsam der Verantwortung für gesellschaftliche Veränderungen stellen und vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr denn je auf nachhaltige Finanzpolitik setzen. Seehofer: „Die im Bayerischen Staatskirchenvertrag auch rechtlich verankerte enge und vertrauensvolle Kooperation von Staat und evangelisch-lutherischer Landeskirche ist fester Bestandteil bayerischer Tradition und tragende Säule unserer christlich-abendländisch geprägten Gesellschaft.“

Ministerpräsident Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Martin Zeil sind sich mit Landesbischof Johannes Friedrich einig darüber, dass die Auswirkungen der schweren Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gerade mit Blick auf die Staatsschulden noch nicht vollständig überwunden sind. Seehofer: „Es bleibt zentrale Aufgabe, dem weltweiten Spekulationskapitalismus wirksam Zügel anzulegen. Zügelloses Gewinnstreben und kurzfristige Renditemaximierung vor allem an den Finanzmärkten haben die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren an den Abgrund geführt.“ Seehofer: „Eine zentrale Lehre aus der Krise ist es deshalb, einen weltweiten ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen, der sich an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft ausrichtet und dann auch stärker als bisher die Teilnehmer auf dem Finanzmarkt zur Verantwortung zieht, um künftig solche Krisen zu vermeiden und Schäden für die Allgemeinheit zu begrenzen.“

Eine bessere Regulierung und vor allem mehr Transparenz der Finanzprodukte und – Akteure, eine erhöhte Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute, unabhängige Frühwarnsysteme und die neue Bankenabgabe in Deutschland sind laut Seehofer und Zeil Schritte in die richtige Richtung. Seehofer: „Weitere müssen folgen. Deshalb begrüße ich auch die Pläne der EU-Kommission, eine weltweit abgestimmte Steuer auf Finanzaktivitäten einzuführen.“

Landesbischof Johannes Friedrich äußerte die Sorge der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern darüber, dass die Ursachen der Finanzkrise schon wieder in Vergessenheit geraten sind. Friedrich: „Wir müssen solcher Vergesslichkeit und Kurzatmigkeit des öffentlichen und politischen Interesses entgegenwirken. Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft und damit des freiheitlich, demokratischen Gemeinwesens insgesamt ist davon abhängig, dass ökonomisches Handeln niemals nur allein der kurzfristigen Gewinnerzielung Einzelner, sondern auch dem Gemeinwohl dient. Deshalb fordert die ELKB neben einer Finanztransaktionssteuer auch die Vermeidung von befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte genauso selbstverständlich sein, wie die Solidarität für schlechter Verdienende.“ Die Präsidentin der Landessynode, Dorothea Deneke-Stoll erinnerte an die Forderung der Synode, die soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Nötig ist ein qualitatives, ökologisch verträgliches Wachstum. Maßstab der Politik müssten Gemeinwohl und gerechte Teilhabe aller sein. Der Finanzreferent der Landeskirche, Oberkirchenrat Claus Meier, verwies darauf, dass die Landeskirche nach einer bereits 2002 frühzeitig geplanten Haushaltskonsolidierung seit 2007 schuldenfrei ist. „Als Investor am Finanzmarkt versteht sich die Landeskirche als Verpflichtungs-Finanzierer, nicht als Gewinn-Maximierer. Wir legen Geld an, um unsere langfristigen Verpflichtungen für Personal und Immobilien so gut wie möglich erfüllen zu können. Zu unserer Investmentstrategie gehört eine moderate Zielrendite. So haben wir in keinem der vergangenen Jahre einen Substanzverlust erlitten, und mit dem im Haushalt 2011 eingeplanten 3-Millionen-Program „Hilfe gegen die Armut“ bieten wir kirchliche Unterstützung, um mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu realisieren.“

Für Bayern unterstrichen Seehofer und Zeil, dass der auch für 2011 und 2012 Staatshaushalt ohne neue Schulden in Bayern ein zentraler Beitrag zur Vorsorge für künftige Krisen und vor allem für echte Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Freistaat ist. Seehofer: „Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 bleiben wir unserem Motto, Sparen und Investieren' konsequent

treu und bringen ein neues Zukunftsprogramm „Aufbruch Bayern – Familie, Bildung und Innovation/Investition“ auf den Weg.“ Zeil: „Gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung dürfen wir unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen. Dabei wird die Staatsregierung darauf achten, dass alle Einsparmaßnahmen sozial ausgewogen und in sich schlüssig sind. Ein ausgeglichener Haushalt schafft Handlungsspielräume für notwendige Zukunftsinvestitionen. Trotz der notwendigen Einsparungen werden wir daher auch weiter in die Zukunft investieren. Mit dem Programm 'Aufbruch Bayern' bringen wir ein neues Leitprojekt für die kommenden Jahre mit den Schwerpunkten Familie, Bildung und Innovationen auf den Weg.“

Neben der Finanzpolitik waren die Ausgestaltung eines Freiwilligen Dienstes, die Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik (PID)_sowie Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund Schwerpunkte des Gesprächs. Beim Thema PID sind sich Staatsregierung und ELKB einig, dass der Lebensschutz oberstes Ziel ist und dies auch für Embryonen gilt. Die „Bewahrung der Schöpfung“ ist dabei die Leitlinie der Politik, an der sich auch eine Positionierung zur PID messen lassen muss. Seehofer: „Die anstehende Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik betrifft eine zutiefst ethisch-moralische Frage und ist damit eine Gewissensentscheidung, die jeder Abgeordnete für sich selbst treffen muss. Auf keinen Fall darf die Präimplantationsdiagnostik aber als Wegbereiter einer eugenischen Selektion dienen.“

Susanne Breit-Keßler, Ständige Vertreterin des Landesbischofs und Münchner Regionalbischöfin betonte: „Wir leben in einer Gesellschaft, in der sich die Einstellung verbreitet, gelingendes Leben sei mithilfe von Wissenschaft und Forschung machbar und garantierbar. Das christliche Menschenbild weiß demgegenüber, dass Leben ein Geschenk ist – und kein Produkt, auf dessen optimale Fertigung es einen Anspruch gäbe. Es gibt kein Recht auf ein Kind um jeden Preis. Es gibt auch kein Recht auf ein gesundes Kind um jeden Preis. Menschliches Leben ist nicht einfach eine Geschmacksfrage, nach der man Embryonen auswählt oder verwirft. Die Erfahrungen in anderen Ländern sind Grund genug, die PID nicht zuzulassen. Wenn Eltern in den USA, Singapur oder Hongkong durch PID sicherstellen, dass sie ein männliches Kind bekommen; wenn Samenbanken in den USA damit werben, dass die genetische Disposition der Samenspende vorab geprüft worden und damit die Möglichkeit zum Wunschkind gegeben sei, dann sind solche Praktiken mit dem christlichen Menschenbild und mit den Grundwerten, wie sie im Grundgesetz stehen, unvereinbar. Diese Gesellschaft muss ihre Verantwortung wahrnehmen und Leben mit

seinen Schwächen und Stärken anzunehmen, es willkommen zu heißen. Den Eltern und ihren Kindern wollen wir in Kirche und Diakonie mit ganzer Kraft zur Seite stehen – durch intensive Beratung und Begleitung, durch umfassende Seelsorge.“

Die Vertreter der bayerischen Landeskirche wiesen im Gespräch mit dem Kabinett außerdem daraufhin, dass die Aussetzung der Wehrpflicht und damit der Wegfall des Zivildienstes die Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen im kommenden Jahr vor große Herausforderungen stellen. Derzeit sind in Bayern rund 8000 Zivildienstleistende im Einsatz, die zunächst kurzfristig ersetzt werden müssen, für die aber auch langfristig Alternativen geschaffen werden müssen. Staatsregierung und Kirchenleitung begrüßten, dass es auf Initiative von Bayern gelungen ist, den Bund zu verbindlichen Zusagen für eine Stärkung der bewährten Jugendfreiwilligendienste zu bringen.

Staatsregierung und Kirchenleitung stimmen darin überein, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Zukunftsaufgabe ist, der sich Staat, Kirchen und die gesamte Gesellschaft stellen müssen. Bayern zählt im Bundesvergleich zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an Migranten. Jeder fünfte Bürger in Bayern hat einen Migrationshintergrund. Seehofer: „Wir in Bayern beweisen, dass ein hoher Migrantenanteil nicht gleichbedeutend mit großen Problemen ist. Das Armutsrisiko von Migranten ist in Bayern bundesweit am geringsten und die Erwerbstätigenquote der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist weit überdurchschnittlich. Diesen bayerischen Weg gilt es fortzusetzen, und vor allem die Bildungs- und Ausbildungschancen der jungen Migrantinnen und Migranten weiter zu verbessern. Zeil: „Menschen mit Migrationshintergrund sind in Bayern willkommen. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen ist eine Chance und eine Bereicherung. Ziel muss sein, dass alle hier lebenden Menschen möglichst gute Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen erhalten. Vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs gewinnt dieses Ziel an zusätzlicher Bedeutung.“ Oberkirchenrat Michael Martin hob hervor, dass Vor- und Nachteile der Zuwanderung differenziert und sachlich dargestellt werden müssen. „Die Formel ‚Wir sind kein klassisches Einwanderungsland‘ signalisiert nach unserem Verständnis eher die Abwehr von Zuwanderung und wird den vor uns stehenden Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland nicht gerecht. Die Zuwanderung wird uns aufgrund des europäischen Zusammenwachsens und der humanitären Rechtsansprüche auf Familienzusammenführung und Asyl weiter erreichen. Das

Resettlementprogramm der EU für Flüchtlinge aus dem Irak, an dem sich auch Bayern beteiligt hat, ist dafür nur ein Beispiel. Wir sind de-facto ein Einwanderungsland, ob wir es so bezeichnen oder nicht. Notwendig ist daher eine aktive Gestaltung der Zuwanderung und der Integrationsprozesse", so Martin.

Die regelmäßig stattfindenden Treffen von Vertretern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) mit dem Bayerischen Kabinett sind ein wichtiger Baustein der konkreten Zusammenarbeit. In regelmäßigen Gesprächen tauschen sich Staatsregierung und Vertreter der evangelisch-lutherischen Landeskirche über wichtige Fragen von gemeinsamem Interesse aus mit dem Ziel, bestmögliche Lösungen im jeweiligen Verantwortungsbereich und im Gesamtinteresse der Menschen in Bayern zu finden.

Diese Mitteilung wird zeitgleich von der Bayerischen Staatskanzlei versendet.

München, 14. Dezember 2010
Johannes Minkus, Pressesprecher